
NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE 15. SITZUNG DES KREISAUSSCHUSSES

Sitzungsdatum:	Freitag, 30.09.2016
Beginn:	09:12 Uhr
Ende	13:04 Uhr
Ort:	in der Realschule Obergünzburg

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzende

Zinnecker, Maria Rita

Ausschussmitglieder

Brunhuber, Roland
Deckwerth, Ilona
Endhardt, Hubert
Fendt, Peter
Hartleitner, Maximilian
Hell, Wolfgang Dr.
Kling, Alois Dr.
Rid, Josef
Schweinberger, Josef
Sontheimer, Reinhold

ab 09:17 Uhr bis 13:04 Uhr

Stellvertreter

Rager, Kaspar
Wachter, Martin

Vertreter für Frau Schorer
Vertreter für Frau Schröder
ab 09:18 Uhr

Schriftführerin

Mayer, Manuela

Verwaltung

Kettemer, Susanne
Kinkel, Ralf
Kunzmann, Rainer
Nissen, Yvonne
Pöschl, Robert

Stöckle, Thomas
Streif, Marion

Referenten

Architekt Meusburger	zu TOP 4
Herr Tillinger	zu TOP 4
Herr Saguer	zu TOP 4

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Schorer, Angelika	entschuldigt
Schröder, Brigitte	entschuldigt

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1** Don-Bosco-Schule Marktoberdorf, Sonderpädagogisches Förderzentrum; Zustimmung zur Einrichtung einer Partnerklasse der Don-Bosco-Schule an der Adalbert-Stifter-Schule ab dem Schuljahr 2016/2017 **2016/057**
Beratung und Beschlussfassung
- 2** Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.06.2016
- 3** Informationen und Sonstiges
- 3.1** Haushaltsvollzug; Quartalsbericht II/2016 mit Hochrechnung **2016/059**
Information
- 3.2** Kommunaler Gesamtabschluss (Konsolidierter Jahresabschluss) - Festlegung des Konsolidierungskreises **2016/061**
Information
- 4** Realschule Obergünzburg, Generalsanierung **2016/062**
Beratung und Beschlussfassung

Landrätin Maria Rita Zinnecker eröffnet um 09:12 Uhr die öffentliche 15. Sitzung des Kreisausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Sie gratuliert den Kreisräten Hubert Endhardt (*09.08.) und Josef Rid (*19.09.) zum Geburtstag.

Red. Anm.: Die Sitzungsvorlagen zu den TOPs 1, 3.1, 3.2 und 4 wurden mit der Ladung zugeleitet und liegen, ebenso wie die Sitzungsvorlagen zu den TOPs 5, 6 und 7.1 und die PPP (Power-Point-Präsentationen) zu den TOPs 3.1, 3.2 und 4 dem Original der Niederschrift als Anlage bei. Die PPP (Power-Point-Präsentationen) zu den TOPs 3.1, 3.2 und 4 wurden den Kreisrätinnen und Kreisräten über das Ratsinfosystem im Voraus zur Verfügung gestellt. Die PPP (Power-Point-Präsentationen) zu dem TOP 3.1 liegt, ebenso wie die Sitzungsvorlage zu TOP 7.1 als Tischvorlage aus.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1	Don-Bosco-Schule Marktoberdorf, Sonderpädagogisches Förderzentrum; Zustimmung zur Einrichtung einer Partnerklasse der Don-Bosco-Schule an der Adalbert-Stifter-Schule ab dem Schuljahr 2016/2017
----------	---

VAR Pöschl stellt den Sachverhalt anhand PPP vor.

Landrätin Zinnecker begrüßt das Projekt aus Sicht der Inklusion im Landkreis Ostallgäu. Kreisrätin Deckwerth merkt an, dass ein entsprechendes Projekt bereits in früheren Jahren an den Regelschulen stattgefunden habe. Sie freut sich über die erneute Aufnahme des Konzepts einer Partnerklasse und bittet um Unterstützung. Kreisrat Schweinberger interessiert sich zunächst für die angepasste Kostenhöhe von bisher 4.000 Euro auf nun 10.000 Euro. VAR Pöschl erläutert hierzu, dass man ursprünglich von der Anmietung eines Klassenzimmers ausginge, jetzt zusätzlich ein Gruppenraum angemietet werden müsse.

Kreisrat Schweinberger möchte wissen, ob die Durchführung des Konzepts flächendeckend im Landkreis Ostallgäu umgesetzt werden könne, denn bei einer Kooperationsklasse in der Comenius Grundschule Buchloe seien die Stunden immer weiter gekürzt worden. VAR Pöschl informiert über die verschiedenen Formen, die zu unterscheiden seien. Hier gebe es Kooperationsklassen, Partnerklassen und offene Klassen der Förderschulen. Die Kooperationsklassen würden von nur einem Lehrer unterrichtet. Man verbinde die Klassen, sodass die Schüler mit Förderbedarf direkt in die Klasse eingebunden würden. Bei einer Partnerklasse hingegen habe jede Klasse ihr eigenes Lehrpersonal. Es würden lediglich gemeinsame Projekte, wie zum Beispiel Wandertage, durchgeführt.

Beschluss:

- 1. Der Einrichtung einer Partnerklasse der Don-Bosco-Schule, Sonderpädagogisches Förderzentrum, an der Adalbert-Stifter-Grundschule in Marktoberdorf beginnend mit dem Schuljahr 2016/2017 wird zugestimmt.**
- 2. Der Einrichtung eines Offenen Ganztagsangebots an der Adalbert-Stifter-Grundschule mit Schülern/-innen der Partnerklasse wird zugestimmt.**

3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vereinbarung mit der Stadt Marktoberdorf zur Regelung und Finanzierung des laufenden Schulbetriebs für die Partnerklasse der Don-Bosco-Schule, Sonderpädagogisches Förderzentrum, an der Adalbert-Stifter-Grundschule zu schließen und die erforderlichen Haushaltsmittel im Kreishaushalt zu veranschlagen.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.06.2016

Kreisrat Endhardt erkundigt sich, ob der Beschluss zu dem Tagesordnungspunkt 6 umgesetzt wurde. Landrätin Zinnecker und TAR Stöckle bejahen die Frage.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

3 Informationen und Sonstiges

3.1 Haushaltsvollzug; Quartalsbericht II/2016 mit Hochrechnung

VAR Pöschl informiert über den Sachstand anhand der PPP.

Landrätin Zinnecker ergänzt, die Personalsituation im Bereich Asyl wäre berücksichtigt. Man habe in diesen Bereich rund 720 Tausend Euro nicht verbraucht. Weiter seien einige Kredite nicht benötigt worden. Man beschäftige sich beim Jugendamt nicht nur mit den dargestellten Fallzahlen, sondern auch mit der Personalsituation. Mit der Abweichung von 1,3 Prozent bei einem Rekordhaushalt von 135 Millionen Euro könne man zufrieden sein.

Kreisrat Endhardt findet die Darstellung der konkreten Erfassung und der Prognosen positiv. Er sieht die Einsparungen im Investitionsbereich eher negativ. Die höheren Aufwendungen im Jugendamt hingen mit der Veränderung von Lebenslagen der Menschen zusammen. Einsparungen dürften nach seiner Meinung nicht zu Lasten der Mitarbeiter und Bürger erfolgen. Er bittet in einer künftigen Sitzung um genaue Auskunft bezüglich Jugendlicher, die in Armut beziehungsweise mit Hartz IV aufwüchsen.

Kreisrat Hartleitner möchte wissen, ob die erhöhten Fallzahlen im Jugendamt mit den unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern in Zusammenhang stünden. Landrätin Zinnecker entgegnet, die Situation der unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber bliebe bis zum Jahresende 2016 stabil. Dies wäre allerdings nicht unmittelbar ausschlaggebend für die Zahlen des Jugendamtes. Die Kosten betrachte man nochmals im Jugendhilfeausschuss und im Kreishaushalt. VAR Pöschl ergänzt, der Bezirk Schwaben gehe in Zukunft von einem Mehraufwand für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Höhe von 40 Millionen Euro aus. Zugrunde läge eine rechtliche Änderung der Finanzierung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nur noch bis zum 18. Lebensjahr, durch den Freistaat Bayern. Auch wenn es für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge über ihr 18. Lebensjahr hinaus einen Förderbedarf gebe. Die Zuständigkeit übertrüge der Freistaat Bayern somit den Bezirken, wodurch sich die Kostenerstattung auf die kommunale Seite verlagere. Daraus ergäbe sich unter Umständen eine höhere Bezirksumlage. Der Bezirkstagspräsident stellte beim Ministerpräsident einen Antrag auf weitere Kostenübernahme für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge über das 18. Lebensjahr hinaus. Landrätin Zinnecker merkt an, auch die Landräte würden gegenüber dem Freistaat Bayern eine Kostenübernahme fordern. Ansonsten würden die Kosten den Kommunen zu Lasten fallen und wären relevant für die Kreisumlage.

Kreisrätin Deckwerth verweist bezüglich der Jugendhilfe auf die Sozialraumanalyse. Hieraus ergebe sich eine Zunahme der allein zu erziehenden Kinder. Aufgrund dessen zeichne sich ein

höheres Armutsrisiko bei Kindern ab. Sie bittet deshalb um Aufstockung des Zuschusses für das Jugendamt und gegebenenfalls um Änderung der Strukturen. Landrätin Zinnecker geht zunächst auf die Frage von Kreisrat Endhardt ein und weist bezüglich der Verteilung im Landkreis auf die Sozialraumanalyse hin. Landrätin Zinnecker gibt Kreisrätin Deckwerth dennoch Recht, dass die Situation analysiert werden müsse. Man werde die Situation im Rahmen der neuen Haushaltsverhandlungen ausführlich darstellen. Kreisrätin Deckwerth möchte wissen, was der Anteil der Gelder von nicht durchgeführten Maßnahmen sei. Im Gegenzug interessiert sie sich für die Ersparnisse aus bereits durchgeführten Maßnahmen. VAR Pöschl erläutert, der Bereich der Investitionen bestehe nicht nur aus Baumaßnahmen. Im Bereich des Hochbaus seien die Maßnahmen mit Kosteneinsparungen aufgrund niedrigerer Ausschreibungsergebnisse umsetzbar. Die Tiefbaumaßnahmen lägen alle im Plan und wären aufgrund besserer Ergebnisse in den Ausschreibungen ebenfalls zum Teil kostengünstiger als veranschlagt. Landrätin Zinnecker fasst zusammen, dass alle geplanten Maßnahmen liefen, allerdings mit unterschiedlichem Fortschritt. Die Ausschreibungsergebnisse seien oft anders, als zuvor vermutet. Kreisrat Schweinberger sieht die Zusammenarbeit positiv und bedankt sich bei der gesamten Verwaltung.

3.2 Kommunalen Gesamtabschluss (Konsolidierter Jahresabschluss) - Festlegung des Konsolidierungskreises

VAR Pöschl stellt die Sachlage anhand PPP vor.

Kreisrat Leveringhaus erfragt, ob die Testierung der Tochtergesellschaften nur einzeln oder zusätzlich auch mit dem konsolidierten Gesamtabschluss erfolgen.

VAR Pöschl berichtet, dass die konsolidierten Jahresabschlüsse vom Rechnungsprüfungsausschuss und vom bayerischen kommunalen Prüfungsverband (BKPv) überörtlich geprüft würden. Für den konsolidierten Gesamtabschluss sei keine weitere Testierung notwendig. Kreisrat Leveringhaus möchte wissen, ob beispielsweise bei Wahl der Equity-Methode nachträglich die Methode geändert werden könne. VAR Pöschl bestätigt eine Änderung der Methode im Nachhinein, insofern ein stichhaltiger Grund vorliege. Grundsätzlich solle jedoch eine einheitliche, beständige Methode angewandt werden.

Kreisrat Endhardt informiert sich, ob die Stadt Kaufbeuren die doppelte Buchführung für den öffentlichen Haushalt (Doppik) anwende. VAR Pöschl bestätigt dies. Landrätin Zinnecker merkt an, man bleibe im Austausch mit Kaufbeuren. Kreisrat Endhardt möchte wissen, ob es sein könne, dass der Prüfungsverband bezüglich des Kommunalunternehmens auf die Quotenkonsolidierung bestehe im Hinblick auf den unterschiedlichen Einfluss. VAR Pöschl könne eine Diskussion zu diesem Thema nicht ausschließen. Fehlende Angaben in der Abbildung ließen sich mit keiner Methode gänzlich vermeiden. Landrätin Zinnecker hält eine Vereinbarung mit der Stadt Kaufbeuren für sinnvoll. Kreisrat Hartleitner sieht die Equity-Methode aus Gründen der Praktikabilität als positiv. Er möchte wissen, ob ähnlich entstehende Abweichungen im Handelsrecht auch entstünden beziehungsweise, wie diese gelöst würden. VAR Pöschl erwidert, ein Vergleich mit dem Handelsrecht sei nicht möglich. Bei der Equity-Methode handle es sich um eine Ausnahme.

Landrätin Zinnecker bringt zunächst die Ausgangslage vor. Man habe den Raumbedarf, von bisher 18 bestehenden Klassenzimmern auf nun 24 benötigten Klassenzimmern errechnet.

TAR Stöckle stellt das Team der Planer vor und beginnt mit der Darstellung der Situation anhand der PPP. Anschließend übergibt er das Wort an den Architekten Meusburger, welcher den Sachverhalt anhand einer PDF-Datei darstellt.

Von 11:10 Uhr bis 11:47 Uhr erfolgt die Begehung des Schulgebäudes.

Landrätin Zinnecker teilt während der Begehung des Schulgebäudes in der alten Aula mit, dass es künftig nur noch eine Aula geben werde. Kreisrat Dr. Kling möchte daraufhin wissen, ob die Gesamtfläche der Aula sich dann verringere. TAE Streif erwidert, dass sich derzeit noch ein Klassenzimmer im Bereich der künftigen Aula befände. Dieses werde aufgelöst, wodurch auch mehr Licht in die Aula käme. Architekt Meusburger erläutert die geplante Fassadenanpassung, die Deckenhöhenänderung sowie das Einrichten eines Vorraumes zur Aula, welches zeitgleich als Stuhllager genutzt werden könne.

Architekt Meusburger setzt die Vorstellung des Sachverhaltes anhand der PDF-Datei im Klassenzimmer A002 (Sitzungsraum) fort. Realschuldirektor Bäuml teilt eine Aufstellung der Argumente zur Verlegung der Schulküche aus.

Kreisrat Schweinberger erkundigt sich, ob ein Ganztagesbetrieb angedacht sei und daher sich ein Mensabedarf ergebe. Architekt Meusburger erwidert, derzeit gebe es keine Ganztagesbetreuung an dieser Schule. Die Regierung von Schwaben habe die Fläche einer Mensa gestrichen. Landrätin Zinnecker erläutert, man habe den künftigen Mensabedarf besprochen. Hier strebe man eine schriftliche Vereinbarung mit der direkt angrenzenden Mittelschule an. Die Ablehnung des Baubedarfs durch die Regierung von Schwaben wäre ihr bislang nicht bekannt. Realschuldirektor Bäuml berichtet, er mache jedes Jahr eine Bedarfsabfrage bezüglich Nachmittagsbetreuung bei den Eltern. Die Nachfrage zur Nachmittagsbetreuung sei sehr gering. Zudem habe der Direktor der Mittelschule das Problem, seine Schülerzahlen für eine Nachmittagsbetreuung zu erreichen. Aus diesem Grunde sei eine Kooperation eine gute Lösung. Kreisrätin Deckwerth sehe dies anders. Ihrer Erfahrung nach steige der Bedarf von Ganztagsklassen und man müsse dies aktuell bei der Planung berücksichtigen. Landrätin Zinnecker verweist darauf, dass es lediglich um den Mensabedarf und nicht um Ganztagesräume ginge. Realschuldirektor Bäuml erklärt den Unterschied zwischen den verschiedenen Ganztagesmodellen beziehungsweise der reinen Mittagsbetreuung. Er stellt das derzeit bestehende System der Realschule Obergünzburg dar. Landrätin Zinnecker ergänzt, der Schwerpunkt läge auf dem zusätzlichen Mensabedarf. Kreisrat Leveringhaus stimmt den Wortmeldungen von Landrätin Zinnecker und Realschuldirektor Bäuml zu. Er merkt an, die Kostenaufwandsträger sparten durch eine gemeinsame Nutzung der bestehenden Mensa der Mittelschule nicht zuschussfähige Kosten. Landrätin Zinnecker weist darauf hin, dass alles in den Prozessen berücksichtigt würde, wie aus den Darstellungen des Architekten Meusburger hervor ginge.

Kreisrat Endhardt interessiert sich für den Wegfall der Pelletheizung.

Kreisrätin Deckwerth bittet um eine Bewertung beispielsweise durch die Schulleitung der Realschule Obergünzburg, wie das vorgestellte Raumprogramm gelebt würde. Sie geht auf diesen Punkt hinsichtlich der geplanten Wanderklassen ein.

Landrätin Zinnecker entgegnet, Realschuldirektor Bäuml wäre bei der Planung intensiv eingebunden.

Herr Tillinger stellt anhand der PDF-Datei die Planung HLS vor und beantwortet somit die zuvor gestellte Frage von Kreisrat Endhardt.

Herr Saguer vom Ingenieurbüro Körbl und Feneberg führt die Darstellung des Sachverhalts anhand einer PDF-Datei fort.

Kreisrat Endhardt erkundigt sich nach dem Einsatz eines Batterie- und Pufferspeichers im Bereich der Photovoltaikanlage. Herr Saguer erläutert, die Einspeisung erfolge direkt in das Netz. Die Vorkehrungen wären dennoch vorhanden.

Architekt Meusburger nimmt seine Präsentation wieder auf.

TAR Stöckle führt seine Darstellung anhand der PPP weiter aus.

Landrätin Zinnecker merkt an, es gehe um Fördermittel und bittet um eine genauere Erläuterung. TAR Stöckle erklärt, der Stichtag zur Meldung der Baumaßnahmen bei der Regierung von Schwaben (30.09.2016) müsste eingehalten werden. Die Festlegung der genauen Förderung erfolge erst im Laufe des Verfahrens. Man gehe für den Block A von einer Regelförderung in Höhe von 50 Prozent aus. Im Block B könnten bereits geförderte Maßnahmen, welche nun rückgebaut würden, nicht gefördert werden und deshalb ergebe sich nach Schätzungen eine Förderung in Höhe von 35 Prozent. Block C sei laut TAR Stöckle nicht förderungsfähig.

Kreisrat Brunhuber erkundigt sich, ob bei der geplanten Baumaßnahme im Wert von 11,7 Millionen Euro ein Satteldach in die Planung hätte mit aufgenommen werden können. Architekt Meusburger bringt näher, dass es sich bei einem Satteldach um eine Flachdachkonstruktion handle mit Entwässerung nach außen. Es sprächen eher negative Erfahrungen bei bereits vorhandenen Flachdachbauten im Landkreis Ostallgäu gegen einen Einsatz an der Realschule Obergünzburg. Zudem gestalte sich ein Flachdach im Bereich des Zwischenbaues in diesem Zuge als schwierig.

Kreisrat Endhardt findet die Darstellung der Einsparungsmöglichkeiten positiv. Man könne weitere Einsparmöglichkeiten vor der Ausschreibung nochmals betrachten. Er plädiert für die Verlegung der Schulküche. Kreisrat Dr. Kling, Kreisrat Wachter und Kreisrätin Deckwerth schließen sich der Wortmeldung von Kreisrat Endhardt zur Verlegung der Schulküche an.

Kreisrat Wachter hält die Besichtigung der Räumlichkeiten vor Ort für wertvoll. Er möchte wissen, ob es eine Kostenbeteiligung anderer Gemeinden gäbe. Landrätin Zinnecker erläutert, dass Kosten lediglich über Gastschulbeiträge mit anderen Gemeinden verrechnet werden könnten. Hier seien die Baukosten nicht umlagefähig. Kreisrat Wachter sieht weiter den Beschlussvorschlag als Freibrief für die Verwaltung. Daher interessiert er sich für die Projektsteuerung. TAR Stöckle schildert, die Steuerung und die damit verbunden Aufgaben nehme die Verwaltung wahr. Kreisrat Wachter möchte einer Kostenexplosion der Baukosten entgegen wirken. TAR Stöckle gehe von keiner weiteren Kostenerhöhung aus, da man nach derzeitigen Planungen bereits im oberen Kostenbereich läge. Landrätin Zinnecker informiert über den Auftrag, die Kostenplanung realistisch zu gestalten. Die Kosten seien im Rahmen, wenn eine zeitnahe Umsetzung erfolge. Architekt Meusburger führt aus, man sei in der vertieften Kostenschätzung. Alle Bauteile wären jedoch spezifiziert. Hier würden Altlasten miteinberechnet. Weiter könne die Kostenentwicklung der Ausschreibungen nicht prognostiziert werden. Kreisrat Wachter bittet um Berücksichtigung der Risikokosten, welche bei einer Sanierung entstünden. Architekt Meusburger entgegnet, man habe bereits alle Bauteile untersucht. TAE Streif erklärt, sie sei vom Landratsamt Ostallgäu als Projektleitung für die Sanierung der Realschule Obergünzburg abgestellt. Entsprechend kümmere Sie sich um die Ausführung der Projektplanungsfunktion in Kombination mit der Bauleitung.

Kreisrätin Deckwerth erinnert an die Kommentierung vor allem zu der Pädagogik der Wechselklassen. Realschuldirektor Bäuml findet die Einbindung der Schulleitung in die Planung positiv. Das Fachraumprinzip bringe nicht nur Vorteile, wie auch jedes andere Prinzip. Man wolle den Unterricht dadurch pädagogisch wertvoller gestalten, denn mit dem Fachraumprinzip könnten die Räume technisch und medial verbessert werden.

Kreisrat Hartleitner bittet um Nachfrage beim Landkreis Oberallgäu, ob sich dieser freiwillig an den Sanierungskosten beteiligen würde. Hinsichtlich des Grünen Zentrums in Kaufbeuren sei eine entsprechende Regelung getroffen worden. Landrätin Zinnecker hat Informationen dahingehend, dass der Landkreis Oberallgäu keinen Schulbau im nördlichen Einzugsgebiet in Planung habe. Die Verwaltung könne mit dem Landratsamt Oberallgäu bezüglich einer Kostenbeteiligung nochmals verhandeln, man wolle aber keine Bedürfnisse in die andere Richtung we-

cken. Die Sachlage beim Grünen Zentrum in Kaufbeuren sei dahingehend anders, dass sich das Gebäude im Gebiet der Stadt Kaufbeuren befinde und der Träger dieser Schule aber der Landkreis Ostallgäu sei. Kreisrat Rid sieht die Anfrage nach einer Kostenbeteiligung eher kritisch, denn im Gegenzug könnte der Landkreis Oberallgäu auch für an der Grenze gebaute Schulen eine Beteiligung des Landkreises Ostallgäu verlangen wollen. Landrätin Zinnecker merkt nochmals an, dass eine Umlegung auf die Gastschulbeiträge leider nicht möglich sei.

TAR Stöckle erläutert nochmals die Kostenaufstellung anhand der Sitzungsvorlage. Landrätin Zinnecker versichert, man werde bei der Regierung weiterhin Druck machen. Zurückkommend auf das Eingangsplädoyer, schaffe man eine eigenständige, zukunftsorientierte, vierzügige Realschule mit einer besseren Organisation und mehr Barrierefreiheit. Es gebe eine klare Struktur und der Raumbedarf sei für die Zukunft abgedeckt.

Aufgrund der Vorteile

- Sanierung der alten Bausubstanz
- autarkes Schulgebäude
- einheitliche technische Ausstattung (Gebäude- und Medientechnik)

wird seitens der Verwaltung folgendes vorgeschlagen:

Der Kreisausschuss fasst im Zusammenhang mit der Realschule Obergünzburg, Generalsanierung, folgenden Beschluss:

Die vorgestellte Planung für die Sanierung Schulgebäudes nimmt der Kreisausschuss zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Weiterführung der Planung für die Projektblöcke A, B und C.

Von der Fortschreibung der Kosten der Baumaßnahme in Höhe von 11,721 Mio. € (ohne Risikozuschlag) nimmt der Kreisausschuss zustimmend Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung.

Die Notwendigkeit der dargestellten Maßnahme wird festgestellt. Die dafür erforderlichen Finanzmittel werden in der Haushaltsplanung für 2017ff aufgenommen.

Einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0

Mit Dank für die gute Mitarbeit schließt Landrätin Maria Rita Zinnecker um 13:04 Uhr die öffentliche 15. Sitzung des Kreisausschusses.



Maria Rita Zinnecker
Landrätin

Gez.
Manuela Mayer
Schriftführung